

## **Kriminalprävention 2010**

Impulsvortrag des Präsidenten des BKA, Jörg Ziercke,

am 30.10.2009 in Münster

Ihnen, Herr Stüllenberg, möchte ich gleich zu Beginn meinen Dank aussprechen: für die Einladung und für Ihr unermüdliches Engagement für die Kriminalprävention in Deutschland. Wer sich wie Sie um die gesamtgesellschaftliche Prävention verdient macht, übernimmt Verantwortung. Verantwortung, die auch die Initiatoren der Projekte übernommen haben, die heute ausgezeichnet werden - ein überaus erfreulicher Anlass. Im Rahmen des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention vergibt die Stiftung Kriminalprävention in diesem Jahr Preise für beispielhafte Integrationsprojekte, für Aktivitäten, die Integration fördern oder Desintegration verhindern sollen.

In einem Satz erklärt das Leitthema der heutigen Veranstaltung die Bedeutung von Präventionsarbeit im Bereich der Integration: „Gelungene Integration zeigt sich in Möglichkeit und Fähigkeit, individuell an unserer Gesellschaft teilzuhaben, sie mit zu gestalten.“ Dieser Satz reflektiert im Kern darauf, dass die freiheitliche Demokratie und friedliche Gesellschaftsordnung von sozialmoralischen Grundlagen lebt, die nicht selbstverständlich sind. Grundlagen, die in den zurückliegenden Jahren zunehmend gefährdet erscheinen.

Hauptursächlich dafür sind zum einen die solidaritätsgefährdenden Prozesse der Individualisierung und Globalisierung, zum anderen die abnehmende Steuerungs- und Integrationsfähigkeit sozialer Institutionen. Beide Faktoren werden mit einer erodierenden Gesellschaftsintegration in Verbindung gebracht, die eine Gefahr für alle gesellschaftlichen Bereiche bildet.

Aus den Sozialwissenschaften ist uns bekannt, dass Desintegration das Gefühl ist, keine Gestaltungsmöglichkeiten, keine Teilhabe an der Gesellschaft zu haben. Dieses Gefühl des Nicht-Gehört-Werdens, der Ausgrenzung und Überforderung kann zu negativen Reaktionen wie Resignation und Rückzug, aber auch Aggression und dissozialem Verhalten führen.

Staatliche Institutionen können allein den Grundkonsens einer friedlichen und freiheitlichen Demokratie nicht garantieren. Von daher wurde und wird gegen die genannten Verfallsdiagnosen das Konzept zivilgesellschaftlichen Engagements ins Feld geführt. Dieses Konzept steht für die Reproduktion sozialmoralischer Ressourcen, für die Reproduktion

bürgerschaftlichen Engagements als überlebensnotwendige Ressource der politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Gelebte Solidarität, praktizierter und erfahrener Gemeinsinn stehen administrierter Solidarität und leblosen rechtlichen Regelungen gegenüber. Hierin liegen für mich die Grundgedanken, die Grundbedeutung und die übergreifende wie bleibende Aufgabe der Kriminalprävention, bei allen spezifischen Herausforderungen, die ich noch skizzieren werde.

Präventionsarbeit ist Mitgestaltung unseres Gemeinwesens, ist die Antwort auf die Frage „was unsere pluralistische Gesellschaft zusammenhält“. Betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen mögen angesichts knapper öffentlicher Haushalte angezeigt erscheinen und kurzfristige Einsparpotenziale generieren. Eine notorische Unterforderung bürgerschaftlichen Engagements durch angebliches ‚Sich-nicht-Rechnen‘ bzw. durch die Zuweisung einer gesellschaftlich wenig anerkannten Rolle legt mittel- und langfristig nicht nur die Axt an das Fundament konkreter Präventionsprojekte, sondern legt auch die Axt an die Antwort auf die zuvor gestellte Frage, was unsere pluralistische Gesellschaft zusammenhält. Dessen muss man sich bewusst sein.

Welchen phänomenologischen Schwerpunkten messen wir für die künftige Präventionsarbeit daher eine besondere Bedeutung zu?

Für die Zukunft sehe ich folgende Trends, die den Bedarf an Kriminalprävention der nächsten Jahre bestimmen werden:

Zunächst möchte ich auf die Gewalttaten junger Menschen im öffentlichen Raum eingehen. Die angesichts der jüngsten Amoktaten in deutschen Schulen sowie der Tötung eines Passanten an einem S-Bahnhof in München ausgelöste intensive öffentliche Diskussion über die Ursachen von jugendlicher Gewalt und notwendiger Konsequenzen ist konstruktiv fortzusetzen. Es ist zu klären, ob die Hellfeldzahlen der Kriminalstatistik Ausdruck einer zunehmenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft und insbesondere der Jugend sind und wenn ja, wo die Gründe für ein derartiges Verhalten liegen, oder ob die Kriminologen recht haben, die bei Hell- und Dunkelfeld-Untersuchungen schon seit Jahren auf einen rückläufigen Trend der Jugendgewalt hinweisen.

Es ist weiterhin notwendig, intensiv zu erforschen, welche risikoerhöhenden Bedingungen in der Person der Täter, in den Bereichen der Familie, der Schule, den Peer-Groups, der Umwelt und der Nachbarschaft katalysierend und welche personen- und umgebungsbezogenen Faktoren demgegenüber risikomildernd wirken. Es muss uns gelingen, ein institutionalisiertes System der Früherkennung und der Intervention zu installieren, das

uns hilft, insbesondere Störungen und Auffälligkeiten der potenziellen Täter im Vorfeld zu erkennen, um Verläufe auf der Basis bekannter Entwicklungspfadmodelle frühzeitig positiv beeinflussen zu können.

Unabhängig von einem täterbezogenen Präventionsansatz müssen wir mehr denn je die Bereitschaft in der Gesellschaft zur Zivilcourage fördern.

Uns muss es gelingen, die unentschlossene Masse mehr als bislang zu überzeugen, couragierte Helfer nicht allein zu lassen. Niemand soll sich selbst in Gefahr bringen; doch jeder ist in der Lage, andere aktiv zur Mithilfe aufzufordern, den Notruf zu tätigen, Opfer zu versorgen und sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Denn: Eine Gesellschaft darf nicht zulassen, dass diejenigen, die Gewaltopfern in ihrer Not beistehen, ihr Engagement im schlimmsten Fall mit dem Leben bezahlen. Wegsehen oder weglaufen ist keine Lösung!

Zum Thema Drogenprävention:

Angesichts des Umstandes, dass Gewalttaten auch unter Einfluss von Alkohol oder auch illegaler Drogen begangen werden, bekommt die immer wieder propagierte Forderung eines Rechts auf Rausch eine besondere und hinterfragungswürdige Brisanz. Wenn z. B. argumentiert wird, dass der Cannabiskonsum und dessen Folgen harmlos sind, muss ich dem bei aller grundsätzlichen Skepsis über die Langzeitfolgen von herkömmlichem Cannabiskonsum Folgendes entgegenhalten: Wir stellen heute zunehmend Cannabisprodukte sicher, die - zumeist in Indoor-Plantagen produziert - einen wesentlich höheren Wirkstoffgehalt und damit einhergehend ein enormes Abhängigkeitspotenzial besitzen. Bei Cannabispflanzen aus Indoor-Plantagen liegt der THC-Gehalt mit durchschnittlich 12 % deutlich höher als bei herkömmlich im Freien gezüchteten Pflanzen. (Hier liegt THC-Gehalt im Schnitt zwischen 3 und 5 %).

Unsere Aufgabe ist deshalb nicht, den Ruf nach einer Freigabe von Drogen zu unterstützen, sondern insbesondere jugendliche Konsumenten unablässig vor den Gefahren des Drogenmissbrauchs aufzuklären. Sowohl die steigende Zahl der erstauffälligen Konsumenten harter Drogen im Jahr 2008 auf rund 19.000 (+ 3 %) als auch die der drogenbedingten Todesfälle von etwa 1.500 Menschen (+ 4 %) verdeutlichen, warum uns dieses Thema am Herzen liegen muss.

Zum Thema rechtsextrem motivierte Straftaten:

Kaum ein Tag vergeht, an dem in polizeilichen Lageberichten und in den Medien nicht von rechtsextremistisch motivierten Übergriffen berichtet wird. Durchschnittlich drei rechtsextremistische Gewalttaten pro Tag in Deutschland sprechen eine eindeutige und beschämende Sprache.

Mehr als 60 Jahre nach Ende der NS-Gewaltherrschaft wird ein allgemeines Klima der Angst und Einschüchterung erzeugt, unter dem besonders unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger leiden. Dies muss uns mehr als nachdenklich stimmen und besorgt machen. Angst, Einschüchterung – und rechtsradikaler Gewalt schutzlos ausgeliefert zu sein – das darf es in unserem Staat nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht mehr geben! Deshalb gilt, schon den Anfängen zu wehren. Neben der konsequenten Strafverfolgung durch die Polizei nimmt die Präventionsarbeit auch in diesem Bereich eine wesentliche Rolle ein. Die Forschungsarbeit zu den Entstehungsursachen von fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Gewalt wird sehr intensiv betrieben.

Es scheint sich zu zeigen, dass ein wesentlicher Entwicklungspfad zu derartigen Aggressionsformen über Dispositionen wie unter anderem Sozialisationseinflüsse von überharten und inkonsequenten Reaktionen von Eltern, Erziehern und Lehrern, Aggression gegen andere Kinder, teils auch gegen Erwachsene und durch den Anschluss an kriminelle und gewalttätige Cliques, die sich insbesondere durch die Abgrenzung zu Anderen definieren, führt. Überlagerung und Legitimierung des Verhaltens durch Ethnozentrismus und rechtsextreme Ideologiebildung sind weitere zu beachtende Faktoren. Die Präventionsarbeit ist den Risikofaktoren entsprechend vielfältig und setzt zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichen Stadien an. Begleitend hierzu sollen Aussteigerprogramme insbesondere jungen Rechtsextremen Möglichkeiten bieten, sich aus ihrem bisherigen Umfeld zu lösen und sich eine neue Existenz aufzubauen. Der vermeintlichen Kreativität der organisierten Rechtsextremen, die sich äußert in scheinbarem Engagement in sozialen Bereichen wie der Schule, Familie und Freizeit muss die Polizei unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte kreativ und zielgruppengerecht begegnen. So brandmarkt die im Rahmen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes initiierte Kampagne „Wölfe im Schafspelz“ ideenreich das verdeckte Agieren der Rechtsextremisten und bietet dadurch Schülern, Eltern und Lehrern eine Hilfestellung im Umgang mit diesem Phänomen.

Wir wollen aber noch mehr! Wir wollen Trends, Entwicklungen und Brennpunkte des Rechtsextremismus möglichst frühzeitig erkennen, damit wir entsprechend präventiv gegensteuern können. Hier bedarf es auch weiterer intensiver Forschungsarbeit.

#### Zur Zukunftsaufgabe Terrorismus:

Als Folge der Ereignisse des 11. September 2001 und der aktuellen Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus richtet sich der polizeiliche Fokus weiterhin auf dessen Bekämpfung. Hauptzielrichtung muss jedoch auch hier die Gefahrenabwehr sein. Inwiefern man im Bereich des internationalen Terrorismus nun überhaupt von einer Präventabilität ausgehen kann, beschäftigt die deutschen Sicherheitsbehörden intensiv. Grundsätzlich erschwert wird unsere Aufgabe durch den Umstand, dass die Täterprofile sehr vielschichtig sind.

Zukunftsfähige Kriminalprävention muss berücksichtigen, dass die Sozialisation der Täter nach unterschiedlichen Mustern verläuft. Neben der Rekrutierung von jungen, religiös fanatisierten Menschen beobachten wir das Phänomen mit großer Sorge. Unter welchen Bedingungen sich Menschen radikalieren und wer warum dann auch irgendwann zum Terroristen wird, das interessiert uns. Nach vorläufigen Ergebnissen eines Forschungsprojekts des BKA zu „Extremismen in biographischer Perspektive (EbiP), können wir zumindest sagen, dass die überwiegende Mehrzahl radikalierter Personen aus Familien stammt, in denen multiple Problemlagen nicht erfolgreich gelöst werden konnten. Die Untersuchung zeigt auch, dass es oft – trotz erkennbarer Signale – an Hilfsangeboten fehlte, die langfristig zu einer Stabilisierung der Lebenssituation beitragen und Radikalisierungsprozesse hätten verhindern können. Neben diesen Erkenntnissen wissen wir schon lange, dass der Nährboden für die Radikalisierung im islamistischen Spektrum insbesondere durch streng-salafistische, extremistisch-islamistische Prediger bereitet wird, die junge Gläubige zum gewalttätigen Jihad aufrufen.

Umso wichtiger sind solche Muslime, die sich zu einer gewaltfreien Gesellschaft bekennen. Stammt dieses Bekenntnis von einem ehemals bekannten Hassprediger und radikalen Imam wie Mohammed al-Fasasi, der in der Hamburger Al-Quds-Moschee predigte, so hat dies positive Signalwirkung – es könnte der Beginn einer hoffnungsvollen De-Radikalisierung sein. Es gilt daher, alle Möglichkeiten zu nutzen und Aussteiger zu unterstützen. So schaffen wir Grundlagen, um potenziell gewaltbereiten Terroristen in Deutschland den Nährboden zu entziehen.

Wie auch in anderen Phänomenbereichen muss es uns gelingen, alle gesellschaftlichen Kräfte in die Präventionsbemühungen einzubeziehen. Der Dialog zwischen den Sicherheitsbehörden und Vertretern der Muslime in Deutschland hat im Jahr 2005 begonnen. Dabei geht es um Sicherheitsfragen, den gesellschaftlichen Frieden und die Schaffung einer Vertrauensbasis zwischen den Ansprechpartnern der Sicherheitsbehörden und der muslimischen Bevölkerung bis zur Ebene der Moscheegemeinden.

Zum Zukunftstrend IuK:

Mit der dynamischen Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie im digitalen Zeitalter gehen neue Erscheinungsformen der Kriminalität einher wie Phishing, Botnetz-Angriffe, Identitätsdiebstahl, Kreditkartenausspähung oder Betrugsdelikten bei E-Commerce und Online-Banking. Die Strafverfolgungsbehörden stehen vor der Aufgabe, Tathandlungen, die weltweit vernetzte Straftäter im Internet mit Hilfe technischer und logistischer Tricks zu verschleiern suchen, zeitnah zurückzuverfolgen und zu beweisen. Unabhängig von Maßnahmen der technischen Prävention müssen die Anwender umfassend über die Risiken im Internet aufgeklärt werden, um nicht Opfer einer Straftat zu werden. Hier gilt es, die Medienkompetenz und die Eigenverantwortung der Nutzer zu stärken - zum einen zielgruppenspezifisch auf die Bedürfnisse bestimmter Gruppen wie Kinder oder Senioren angepasst, zum anderen aber auch zielgruppenübergreifend. Wollen wir beispielsweise die Internetkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken, setzt das voraus, dass sich auch Eltern und Erziehungsberechtigte mit dem Medium Internet auseinandersetzen und auch über die damit verbundenen Risiken aufgeklärt werden. Nur wer sich selber auskennt, kann letztlich eine unterstützende und beratende Rolle einnehmen. Die Sicherheitsbehörden sind aufgefordert, die Öffentlichkeit über neue Formen der IuK-Kriminalität zu informieren und auf diesem Weg ihren Beitrag zu leisten, das Internet ein Stück sicherer zu machen. Die öffentliche Diskussion um das Thema access-blocking bei der Bekämpfung der Kinderpornografie zeigt, wie sensibel staatliche Präventionsmaßnahmen im Internet wahrgenommen und bewertet werden.

Wie möglicherweise in keinem anderen Bereich wird künftig um die Balance zwischen unerwünschter Übereffektivität staatlicher Maßnahmen und genauso unerwünschter Wirkungslosigkeit staatlicher Maßnahmen im Internet gerungen werden müssen. Das ist nicht nur ein rechtlicher Konflikt, es ist auch ein Konflikt des gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses, das in jeder Generation unterschiedlich ausgeprägt ist. Jeder

demokratische Diskurs – und hier verweise ich auf meine Ausführungen zu Beginn – basiert auf einem Grundkonsens, ohne den es keinen solchen Diskurs geben kann: es kann keine Räume geben, in denen nach rechtsstaatlichen und demokratischen Verfahren gesetzte Regeln keine Geltung haben, das gilt auch für das Internet.

Fazit:

Auch zukünftig werden wir darauf achten müssen, möglichst viele Akteure in die Entwicklung nachhaltiger kriminalpräventiver Konzepte einzubinden. Neben Gremien auf Bundes- und Landesebene müssen insbesondere kriminalpräventive Foren auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Wir müssen auch vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen das Wissen über die Präventabilität von Delikten bündeln, Experten und ehrenamtlich engagierte Helfer ressortübergreifend zusammenführen, die Vernetzung der kriminalpräventiven Akteure gewährleisten.

Angesichts der Schnelllebigkeit der heutigen Zeit ist auch die Halbwertszeit unserer Präventionskonzepte immer geringer. Umso wichtiger wird es sein, den Aspekt der Früherkennung auch gewinnbringend für Maßnahmen der Kriminalprävention zu nutzen. Wir benötigen aber auch den Mut, neue Wege zu gehen: Den Minderheiten in unserer Gesellschaft müssen wir die Chance zur Integration erlebbar machen und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Christen und Muslimen organisieren. Wir wollen damit zeigen, dass die Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben nicht teilbar ist, sondern als Verpflichtung eines jeden Einzelnen verstanden werden muss. Nur so wird es uns gelingen, die Furcht der Menschen vor Kriminalität zu mildern und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern!

Die Projekte, die heute ausgezeichnet werden, sind herausragende Beispiele für gesellschaftliche Mitarbeit, die hilft, die Verhältnisse zu verbessern. Wir brauchen noch mehr engagierte Menschen wie unsere Preisträger, denen ich herzlich gratuliere.